

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Feststehender Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Eisenhütten)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.;
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4726

Nr. 65.

Berlin, Mittwoch, 13. August 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Eine Wendung in der Werftarbeiterbewegung. — Wohnungselend. — Aus der englischen Arbeiterbewegung. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

Eine Wendung in der Werftarbeiterbewegung.

Am 8. und 9. August hat in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes stattgefunden, deren einziger Verhandlungsgegenstand die Bewegung auf den deutschen Eisenwerken war. Von allem an diesem Kampfe beteiligten Organisationen ist der Metallarbeiterverband die stärkste. Das Ergebnis seiner Generalversammlung darf deshalb wohl als ausschlaggebend für den weiteren Verlauf der Bewegung angesehen werden. Denn es ist selbstverständlich, daß alle diejenigen Organisationen, die bisher gemeinschaftlich den Kampf geführt haben, auch weiterhin bis zum endgültigen Abschluß konform gehen.

Die Stellung des Hauptvorstandes hatte Schlichte, der gleichzeitig Vorsitzender der Zentral-Kommission ist, zu vertreten. Er vertrat energisch und geschickt seinen Standpunkt und verurteilte ebenso entschieden die wilden Streiks, denen die Anerkennung unter allen Umständen verweigert werden mußte. Die Delegierten aus den Zweigstädten bemühten sich andererseits, das Vorgehen der Streikenden zu rechtfertigen oder doch wenigstens zu entschuldigen. Natürlich liegen sie es an den befristeten Vorwürfen gegen den Hauptvorstand nicht fehlen.

Uns interessiert hier nur das Ergebnis der Verhandlungen. Da lag zunächst ein Antrag vor, den § 38, Abs. 11 des Statuts abzuändern, der bestimmt, daß bei Lohnbewegungen die Entscheidungen des Vorstandes bindend sind. Wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so vertritt dadurch die Mitglieder auf jedwede Unterabteilung. Die Beratung dieses Antrages wurde mit 68 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Dann war eine Reihe von Resolutionen eingebracht, die aber bis auf zwei zurückgewiesen wurden. Von diesen bezieht die namentlich von den Hamburger Delegierten eingebrachte und vertretene, daß die Arbeitniederlegungen gegen das Statut verstößen und der Vorstand nach dem Wortlaut des Statuts im Recht war. Die Generalversammlung solle aber mit Rücksicht auf die Sachlage beschließen, den Streik auf den den Eisenwerken durchzuführen und die durch den Streik entstandenen sowie die in Zukunft etwa noch entstehenden Ausgaben auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Diese Resolution wurde mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt, dagegen folgende Resolution mit 126 gegen 18 Stimmen angenommen:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt nach den Ausführungen des Vorstandes und der Kollegen aus den Werktorten, in denen die Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandes niedergelegt worden ist, daß dieses Vorgehen nicht in Einklang zu bringen sei mit den Grundtendenzen gewerkschaftlicher Tatkraft und Disziplin.“

Sie verurteilt das Vorgehen dieser Kollegen auf das entschiedenste, da es nicht geeignet erscheint, die Stützkräfte des Verbandes gegenüber dem einseitigen, schließlichen Vorgehen des Unternehmens in der Metallindustrie zu erschöpfen.

Aus diesem Grund ist die Generalversammlung der Meinung, daß der Vorstand nicht anders handeln

konnte, wie er gehandelt hat, sogar so zu handeln verpflichtet war.

In richtiger Würdigung der ganzen Situation, in die der Verband durch das Vorgehen der Hamburger Kollegen gebracht worden ist, verlangt die Generalversammlung von den Werftarbeitern, den Kampf zu beenden. Der Vorstand wird beauftragt, nach Aufnahme der Arbeit erneute Verhandlungen nachzuwachen und den Beteiligten vom Tage des Beginns des Streiks bis zur Wiederaufnahme der Arbeit die Streikunterstützung zu zahlen, sowie auch diejenigen Kollegen zu unterstützen, die nicht sofort wieder eingestellt werden.“

Wir benötigen uns für heute mit der Feststellung dieser Tatsachen. Nach Abschluß der Bewegung wird darüber noch so manches zu sagen sein. Aber als Beweis, wieweit ein geordnetes Streifen die wilden Streiks für die Schwarzarbeiter waren, zitieren wir folgende Zitate aus der neuesten Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“:

„Was Kundige längst vorausgesehen haben, ist dennoch überraschend schnell eingetreten, die gewerkschaftlich organisierten Werftarbeiter haben in überwältigender Zahl ihren Führern die Gefolgschaft verweigert. Daß es einmal so kommen mußte, war, wie gesagt, jedem klar, der sich etwas eingehender mit der Gewerkschaftsbewegung befaßt und deren inneren ungesunden Kern erkannt hat. Bezeichnend hierfür sind die Worte des Verbandsdelegierten der Hiesigschmiede einer Hamburger Bericht, der nach den Berichten der sozialdemokratischen Tageszeitungen seinem Verbandsvorstande erklärte, daß die Arbeiter sich nicht mehr länger Sand in die Augen streuen lassen wollten.“

Wundern muß man sich nur, daß sie es sich so lange gefallen lassen und den hochstehenden Präsenzen ihrer Führer entzückten Chors gelauscht haben. Wenn den Massen jahraus, jahrein goldene Perle versprochen werden und ihnen die Macht ihrer Organisation, die nach den Worten der Herren Gewerkschaftsbeamten beinahe grenzenlos ist, in den glühendsten Farben und allen Variationen geschildert wird, so ist doch die selbstverständliche Folge, daß sich die Massen nicht plötzlich durch nüchternere gegenteilige Worte aus der Ekstase, in die sie mit Gewalt hineingetrieben sind, wieder befreien können. Wo bleibt nun die „eisernen Disziplin“ und die „zielbewusste Erziehungsarbeit“, mit der die Führer der Gewerkschaftsbewegung in der ihnen eigenen bescheidenen Art in der ihnen dienlichen Presse so oft und so gern renommieren? Wie Spreu vor dem Winde ist sie zerstreut, und jetzt stehen die Vorstände der Arbeitnehmerverbände da wie die so gern von ihnen zitierten Volgerber, denen die Helle weggeschwommen sind. Ihnen sind aber nicht eine derartige Anzahl Helle weggeschwommen, daß sie wohl oder übel aus ihr eigenes Fell werden zu Marke tragen müssen.“

Jedenfalls geht der Beschluß der in Frage kommenden Arbeitnehmer, auf der ganzen Linie in den Streik zu treten, trotzdem die Verbandsvorstände jegliche Streikunterstützung ablehnen, in seiner prinzipiellen Bedeutung weit über die Grenzen der direkt beteiligten Gebiete hinaus, schon der gewaltigen Anzahl der unmittelbar davon betroffenen Arbeiter wegen. Die Sozialideologen haben ja immer das große Publikum mit der Forderung berührt, daß die Führer die Massen der Arbeitnehmer seit im Äußersten hätten und eine Arbeitsniederlegung großen Ziels ohne deren Zustimmung daher einfach unmöglich sei. Jetzt ist das Gegenteil eingetreten, und man darf wohl allgemein sein, wie sich diese Herrschaften mit der überreichenden Tatsache abfinden werden. Aber auch dem Bürgertum, daß so leicht geneigt ist, bei den großen sozialen Kämpfen die Schuld auf die Arbeiter zu wälzen, dürften durch diesen vom Jahre abgedruckten gewaltigen Streik endlich einmal die Augen darüber geöffnet sein, in welcher triviale Weise das deutsche Nationalvermögen, Industrie und Handwerk geschädigt werden.“

Wie hell die Schadenfreude aus diesen Ausführungen herausglimmt! Das war Wasser auf die Mühlen der Schwarzarbeiter. Nun, die Herren triumpieren zu früh. Verluste gegen die Disziplin sind

auch schon im Unternehmerlager vorgekommen und werden sich auch in der Zukunft nicht vermeiden lassen. Deshalb wird wegen der Vorgänge in den Zweigstädten kein vernünftiger Mensch den Stab über die Arbeiterbewegung brechen. Der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterkassier ist sich darüber klar, daß Ordnung, Disziplin und Achtung vor den selbstgegebenen Gesetzen unerlässliche Vorbedingungen für jede Organisation sind, die praktisch arbeiten und die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen will. An diesen Grundtendenzen wird trotz der jetzt vorgekommenen Ausnahmen, die nur die Regel bestätigen, festgehalten werden. Und wenn die deutsche Arbeiterkassier ihre Organisation dann weiter freiläßt von allem fremden Beifall, so wie es die Deutschen Gewerksvereine tun, dann wird sie sich durchziehen trotz aller Schwarzarbeiter von rechts und links, die das Kulturwerk der Berufsorganisation zertümmern möchten.

Wohnungselend.

Die Wohnungsfrage ist durch die Beschlüsse des Reichstags und das angekündigte preussische Wohnungsgesetz ins Rollen gekommen. Es steht nur dahin, in welcher Weise im Reich und im größten Bundesstaate Preußen versucht werden wird, dem Wohnungsjammer zu Leibe zu gehen. Ueber die Unzulänglichkeit des preussischen Wohnungsgesetzes haben wir wiederholt geschrieben. Es gibt aber einflussreiche Gruppen in Preußen, die trotz dieser Unzulänglichkeit das preussische Gesetz noch möglichst nach ihren Wünschen gestalten, d. h. verschlechtern möchten. Es wird abzuwarten sein, ob die Einflüsse dieser Gruppen stark genug sein werden, in Preußen den Anfang einer Wohnungsreform zu verhindern.

Daß von anderer Seite versucht werden wird, die dehnbaren „Rann“-Bestimmungen durch „Zoll“-Bestimmungen zwingender Art zu ersetzen, bedarf wohl einer besonderen Betonung nicht. Ebenso wird auch von Wohnungsreformern mit Recht darauf hingewiesen, daß das Eingreifen der Einzelstaaten eine Tatkraft des Reiches in der Wohnungsfrage nicht ausschließt. In diesem Sinne hat der Berliner Mieterverein eine Festschrift an den deutschen Reichstag gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß eine Reihe von süddeutschen Staaten ähnliche Bestimmungen über Wohnungsaufsicht usw., wie sie in Preußen nunmehr erlassen werden sollen, bereits besitzen. Die geplanten Maßnahmen des preussischen Staates würden aber wichtige Seiten der Wohnungsfrage völlig unberührt lassen, und ganze Gebiete der Wohnungsaufsicht sind der Landesgesetzgebung von vornherein dadurch entzogen, daß es sich um zweifelhafte Reichsangelegenheiten handelt. Der Reichstag wird deshalb gebeten, nach wie vor entschieden für ein Eingreifen der Reichsregierung zugunsten der Wohnungsreform einzutreten zu wollen. Das Vorgehen des Reiches und das Vorgehen der preussischen Regierung würden sich in keiner Weise freuzen. Vielmehr würde die eine Maßnahme eine wertvolle Ergänzung der anderen bilden. Am Reichstage scheint man denn auch weiterhin der Wohnungsfrage einsehende Beachtung, die Kommission des Reichstages zur Beratung der Wohnungsfrage nahm erst am 23. April eine Resolution an, in der die Verbündeten Regierung ermahnt werden, bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot umgehend in die Wege zu leiten.

Das Gebiet der Wohnungsreform ist ein umfangreiches. In dem Geschäftsbericht des Zentralkomitees der Berliner Auskunfts- und Für-

forgestellten für Lungenkranke, Alkoholranke und Krebskranke aus dem Jahre 1912, erstattet von seinem Vorsitzenden Geheimrat Ritter. Verwaltungsdirektor der Königl. Charité, wird hervorgehoben, daß der bei weitem größere Teil der Tuberkulosen weder in Krankenhäusern noch Heilanstalten Aufnahme findet; er bleibt in den Wohnungen und Arbeitsstätten, wo er seine Umgebung, besonders Kinder durch Ansteckung ernstlich gefährdet. „Der Mangel an Schutz vor dieser Infektion in den dicht besetzten Wohnungen hat von jeher am meisten zur Verbreitung der Tuberkulose beigetragen“, so heißt es in dem lehrreichen Geschäftsbericht, der auch die großen Schwierigkeiten betont, mit denen ein Privatunternehmen zu kämpfen hat, das sich die Beseitigung eines der Volkspeinlichkeiten und der Volkswohlfahrt schädlichen Uebelstandes zur Aufgabe gestellt hat. Das Berliner Zentralkomitee erhofft eine Besserung durch die jetzt erfolgte Übernahme der Wohnungspflege durch die Stadt Berlin und durch das städtische Wohnungsamt.

Sehr beherzigenswert ist aber auch, was Geheimrat Ritter über die Wohnungspflege, d. h. die Erziehung der Hausfrauen und Familien zu hygienischer Behandlung ihrer Wohnungen und Familien schreibt, die er eins der vielen Probleme nennt, welche die umfangreiche Wohnungsfrage aufgeht. Auf Grund seiner Erfahrungen schreibt der Vorsitzende des Berliner Zentralkomitees: „Weder die Sanitäts- oder Baupolizei, noch das Wohnungsamt geben sich damit ab, die Erziehung der Hausfrauen zu hygienischem Verhalten, zu verständiger Ernährung, zur Unterweisung in zweckmäßiger Lüftung und Reinigung in die Hand zu nehmen; sie gewähren auch nicht die erforderlichen Unterstützungen, um die hygienischen Anweisungen in die Tat umzusetzen, um die oft so gefährlichen Schlafstuben auszumieten, den entstehenden Anfall an Miete zu decken, um Zimmer hinzuzumieten und die Geschlechter zu trennen, sowie Betten zu gewähren, damit wenigstens die Erwachsenen, und unter diesen vorzugsweise die Kranken und Glenden jeder allein im Bett schlafen können.“ Geheimrat Ritter meint wohl nicht mit Unrecht, wenn diese mit materieller Unterstützung verbundene Arbeit fehlt, so dürfte die Neubehausung der vielen geplanten guten Arbeiterwohnungen vielfach vergeblich die Bemühe sein, weil ein größerer Teil der guten Wohnungen nach kurzer Benutzung schmutzig und unhygienisch sein würde. An einer anderen Stelle des Berichts wird darauf verwiesen, daß der Schwerpunkt der Arbeit des Zentralkomitees darauf liegt, die Menschen zur Selbsthilfe zu erziehen. Das habe einen doppelten Vorteil, weil dadurch erstens die Mittel der Kommunen und des Staates am wenigsten in Anspruch genommen werden und zweitens die Leute die Gefahr und die Art der Krankheit (Tuberkulose) kennen lernen und erfahren, wie sie sich schützen können. Dieser Ermahnung zur Selbsthilfe schließen wir uns selbstverständlich an. Die Erziehung zur Wohnungsreform, das Bestreben, im eigenen sauberen Heim durch geeignete hygienische Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit und der guten Sitten beizutragen, muß von jedem Volksfreunde auf das eifrigste unterstützt werden. Zu diesem Kapitel gehört aber auch diehebung der Lebenslage der arbeitenden Klassen; denn ohne diese ist jedes Bemühen, durch Selbsthilfe das Wohnungselend zu lindern, so gut wie ausgeschlossen.

Wenn vorstehend über Wohnungselend der Großstadt gesprochen wird, so liegt es auf dem Lande nicht viel anders. Oft sind hier die Zustände noch weit betrübender. Der neueste Geschäftsbericht des „Deutschen Vereins Arbeiterheim“ führt hierfür ein reichhaltiges Material an. „Wir haben bei unseren Untersuchungen auch im letzten Jahre ganz unalauliche Zustände im Westen wie im Osten der Monarchie gefunden, auf dem Südrand, in der Eifel, in Schlesien usw. Gewiß gibt es dagegen gesetzliche Bestimmungen. Aber wir müssen uns doch darüber im Klaren sein, daß es in der Regel doch nur dort einen Richter gibt, wo es einen Kläger gibt.“ Aus der Veröffentlichung ersehen wir mit zwingender Notwendigkeit, daß auch für ländliche Kreise ein Wohnungssekt, und zwar eins ohne kauschichtartige „Kann“-Bestimmungen, erforderlich ist und daß der Entwurf zu einem preussischen Wohnungssekt besonders in dieser Hinsicht noch sehr ergänzungsbedürftig ist. Das Wohnungselend auf dem Lande ist der Volkspeinlichkeit ebenso schädlich wie das der Großstadt. Ein gesetzgeb-

reiches Eingreifen muß erfolgen ohne Rücksicht darauf, ob Mißstände in der Stadt oder auf dem Lande vorhanden sind. Ob das in Preußen geschehen wird, steht dahin. Der preussische Landtag verlagert erfahrungsgemäß leider überall da, wo die Interessen seiner besten Freunde, der Großgrundbesitzer, irgendwie geschädigt werden könnten.

Aus der englischen Arbeiterbewegung.

Der vor kurzem veröffentlichte vierzehnte Jahresbericht der General Federation of Trade Unions (Gesamtverbandes der Gewerkschaften) weist darauf hin, daß jetzt schon zum dritten Male die Ausgaben die Einnahmen der Federation weit übersteigen. In den zwei Jahren vorher war der Ueberschuß an sich nicht sehr groß, jedoch die letzten fünf Finanzjahre Einnahmen in Höhe von 220 233 Pf. Sterl. (Mk. 4 104 660), dagegen Ausgaben in Höhe von 365 619 Pf. Sterl. (Mk. 7 312 380) aufzuweisen. Die Uriaube dieser ungünstigen Finanzlage wird auf die Streikbewegungen und besonders die Tendenz zu Generalstreiks zurückgeführt. Die teilweise Anerkennung von Sympathiestreiks, für die früher Unterstützung nicht gewährt wurde, hat die Malignität noch erhöht. Die nur indirekt beteiligten Arbeiter verhängen solche Streiks, einmal um den direkt Beteiligten zu helfen, dann aber auch, um anstatt der niedrigen Arbeitslosenunterstützung, die sie bei teilweiser Stilllegung der Werke erhalten würden, die höhere Streikunterstützung zu erreichen. Die den kleineren Streiks folgenden Ausperrungen tragen selbstverständlich auch ihr Teil zu den erhöhten Ausgaben bei. Es wird, um den vermehrten Ansprüchen zu genügen, die Erhöhung der Beiträge vorgeschlagen.

Die Bewegung zur Erreichung eines nationalen Abstimmungs-Tages ist vorläufig in London verfallen. Das Parlamentarische Komitee des Trade Union-Kongresses hat an Gewerkschaften mit zusammen über 2 Millionen Mitgliedern Fragebogen versandt, aber nicht einmal 500 000 Mitglieder haben sich an der Abstimmung beteiligt. Es wird dem nächsten Kongress in Manchester nun jedenfalls empfohlen werden, daß jeder Federation oder anderen Gruppe von Gewerkschaften ein Vorgehen in der Frage zu überlassen sei. Das Parlamentarische Komitee wird in diesem Falle keine moralische Unterstützung geben, aber der Plan eines nationalen Vorgehens wird fallen gelassen.

Der bei dieser Abstimmung zutage getretene Individualismus der organisierten Arbeiter läßt sich wohl am besten durch eine Manifestation erklären. Die letzten drei Jahre haben so gewaltige verübliche Opfer von den Einzelnen verlangt, daß allgemein der Wunsch nach einer Aubeperiode vorhanden ist. Der Eintritt der Hochkonjunktur und die überall erstellten Lohn-erhöhungen haben dieses Aubebedürfnis verstärkt. Und in vielen großen Industrien, wie im Bergbau und Schiffbau z. B. hat sich nachgerade die Praxis herausgebildet, daß die Arbeiter einfach einen Tag von der Arbeit fortbleiben oder nur vier Tage in der Woche arbeiten. Dabei ist die Nachfrage nach gelernten Arbeitern der genannten Branchen so stark, daß man Leute, die willens sind, 5 1/2 Tage zu arbeiten, nicht finden kann.

Die Trade Unions-Führer sind allerdings nicht so unbedachtlos wie ihre Mitglieder. Sie wissen, daß auch wieder schlechte Zeiten kommen müssen, die vielleicht garnicht einmal so fern sind. Sie bereiten sich darauf vor, indem sie die Unions nach Möglichkeit zu stärken verbinden und besonders eine bessere Organisation herbeiführen. Die Kämpfe, die in Aussicht stehen, wenn beim Einlen der Konjunkturfurbe die Arbeitgeber Lohnverminderungen vornehmen wollen, erfordern eine einheitlichere Organisation als früher. Schon seit Jahren schreitet der Prozeß der Federation und der Verschmelzung ständig vorwärts und die neuesten Pläne dieser Art werden alle früheren übertreffen.

Es handelt sich hierbei um die Schaffung zweier großer Gewerkschaften der Küstler, Wagenführer und der ungelerten Arbeiter. Die ersten werden am 24. September mit Unterstützung des Parlamentarischen Komitees eine Konferenz abhalten, auf der die Einzelheiten der Verschmelzung beraten werden. An dieser Bewegung sind zunächst fünf Gewerkschaften von Straßenbahnen, Kutschern, Chauffeuren, Angestellten der Omnibus-Gesellschaften usw. beteiligt; ihre Gesamtmitgliedszahl beträgt annähernd 100 000. Der neue Gewerkschaft wird nach seiner Gründung auch mit der neuen großen Union der Eisenbahner in ein Bündnisverhältnis treten.

Der zweite Plan, betreffend die ungelerten Arbeiter, ist noch umfangreicher. Er bezieht sich auf die Verschmelzung von 10 Gewerkschaften von Erdarbeitern, Baubüroarbeitern, Tod- und Seifenarbeitern, Gasarbeitern, Ziegeleiarbeitern u. dergl., die heute eine Gesamtmitgliedszahl von 321 500 haben. Welche Form diese Vereinigung annehmen soll, ist noch nicht entschieden. Wenn nicht eine sofortige Fusion beschloffen wird, soll eine lose Verbindung geschaffen werden, die nach und nach zu einer vollständigen Verschmelzung führt.

Aber auch gegenteilige Strömungen machen sich bemerkbar. Die Stättenarbeiter wollten einen Gewerkschaften schaffen, der sämtliche Zweige der Stahl- und Eisenindustrie umfaßt. Dieser Gedanke wurde aufgegeben, und man hatte vor, sich auf eine Vereinigung von drei Stättenarbeiter-Gewerkschaften zu beschränken, und nun kommt die Nachricht, daß die Verhandlungen überhaupt abgebrochen wurden, weil die Mehrheit der Mitglieder in zwei Unions sich gegen den Plan entschieden haben.

Auch mit der politischen Tätigkeit der Trade Unions ist eine Reihe von Mitgliedern nicht einverstanden. Nach dem neuen Trade Unions-Gesetz muß, wenn ein Gewerkschaften Gelder für politische Zwecke verwenden will, eine Abstimmung vorgenommen werden. Dadurch die Arbeiter-Partei bisher angehöflichen Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen ihre Majorität bei der Abstimmung erhalten haben, sind doch auch Fälle vorgekommen, wo das Gegenteil eintrat. Die „General Labourers Union“, ein Gewerkschaften von ungelerten Arbeitern mit 7300 Mitgliedern ergabte 3. B. bei der Abstimmung 2343 Stimmen für und 2879 Stimmen gegen politische Aktion. Die Mehrheit setzte sich aus syndikalistischen Elementen zusammen, denen die Arbeit der Labour Party nicht genügt, und aus anderen, die selbst der konservativen oder liberalen Partei angehören und aus diesem Grunde Politik in ihrer Organisation nicht haben wollen.

Dieser Gedanke findet auch in anderen Organisations-Anhängen, wenn sie auch in verschwindender Minderheit sind. Sein besonderer Befürworter ist Mr. Robert Williams, der Generalsekretär der National Transport Workers Federation. Mr. Williams hat die deutlichen Verhältnisse studiert und findet große Vorzüge in der absoluten Trennung von politischer und gewerkschaftlicher Organisation. Das Anwachen der Arbeiterpartei und die enge Verknüpfung der politischen mit der gewerkschaftlichen Arbeit hat eine Anzahl der besten Kräfte, die andere politische Ansichten haben, der Arbeit für die Trade Unions entzogen. In dieser Beziehung ist eine Zusammenstellung von Interesse, die gerade jetzt veröffentlicht wird und aus der ersichtlich ist, welche Folgen die „Politikierung“ der Gewerkschaften gehabt hat. Seit 1906, als die Arbeiterpartei ihre größte Stärke erreicht hatte, haben 371 Trade Unions-Führer, Vertrauensmänner usw. Regierungsstellen aufgegeben; 89 traten der liberalen, 17 der unionistischen (konservativen) Partei bei und 43 wandten sich der syndikalistischen und anderen Bewegungen zu. Das ist ein Verlust von 723 agitatorischen und Verwaltungskräften innerhalb eines Zeitraumes von 7 1/2 Jahren, und vielfach sind es gerade alte, erfahrene Gewerkschaften gewesen, deren Verlust nicht leicht vermisst werden kann. Der Auf nach einer neuen politischen Organisation auf Grundlage persönlicher Mitgliedschaft anstelle der jetzigen Korporationen ist unter diesen Umständen verständlich. Ob dadurch die politische Kraft der Arbeitervertretung im Parlament nicht vielleicht geschwächt werden wird, steht allerdings auf einem anderen Blatte. Die Zeit der liberalen Regierung nähert sich ihrem Ende, und die konservativen sind der Tätigkeit der Trade Unions nicht rückhaltslos freundlich gesinnt. Eine geschwächte Vertretung im Parlament kann also der Arbeiterklasse schaden, wenn bei künftigen großen Streiks das Parlament wieder — wie beim letzten Bergarbeiterstreik — um seine Entscheidung angegangen wird.

Die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen werden schon jetzt eifrig betrieben. Wo irgend möglich, sollen Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, von denen außer den 40 Abgeordneten jetzt weitere 45 verfügbar sind. Es ist für den Umschwung der Dinge bezeichnend, daß 33 der neuen Kandidaten Sozialisten sind. Von den jetzigen 40 Abgeordneten sind es 24. Das reine Gewerkschaften tritt immer mehr in den Hintergrund. Da die der Labour Party angehöflichen sozialistischen Organisationen nur 31 237 Mitglieder, die Trade Unions usw. aber 1 838 178 Mitglieder zählen, so lassen diese Zahlen erkennen, daß die Sozialisten es verstehen, sich überall durchzusetzen. Außerdem ist nicht zu leugnen, daß innerhalb der Trade Unions in den letzten 10 Jahren eine Wand-

lung von rein arbeiterteilichen zu sozialistischen Gedankenrichtungen sich vollzogen hat, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß englische Sozialisten und deutsche Sozialdemokraten nicht dasselbe sind. S. A. W.-London.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 12. August 1913.

Das Verbandstagsprotokoll ist nunmehr fertiggestellt und geht in alternativer Zeit sämtlichen Ortsverbänden und Ortsvereinen zu. Letztere erhalten es zum Teil zugleich mit der Organisierung. Jedem Protokoll für die Ortsvereine ist eine auf den Namen des Verbandsführers Rud. Klein, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23, lautende Geldanweisung beigelegt, die wir zur Einlösung des Betrages von 1 Mk. zu benutzen bitten.

Reiches Material ist in dem Verbandstagsprotokoll enthalten. Nicht nur die großen Referate, die ja auch als besondere Schriften herausgegeben sind, sondern auch die übrigen Verhandlungen liefern für die Sitzungen interessanten Diskussionsstoff, weshalb wohl erwartet werden darf, daß das 240 Seiten starke Buch überall einem eingehenden Studium unterworfen wird. Die Auflage ist etwas größer gemacht worden, damit diejenigen Kollegen, die im Besitz eines eigenen Protokolls zu sein wünschen, sich ein solches beschaffen können. Bei der Bestellung an den Kollegen Klein ist der Betrag von 1 Mk. dafür gleich mit einzulösen.

Der Zentralrat nahm in seiner letzten Sitzung am 8. August eine Aenderung der Tagesordnung an, indem er den Punkt „Mampffs Tod“ ablehnte, weil noch eine Anzahl Gewerksvereine mit ihrer Antwort ausbleiben. Das gab dem Vorsitzenden, Kollegen Hartmann, Veranlassung, an die Vertreter der fehlenden Gewerksvereine das dringende Ersuchen zu richten, dafür zu sorgen, daß der Verbandstagsbeschluss durchgeführt und die Antwort möglichst bald eingekandt wird. Darauf antwortete der Verbandsrevisor, Kollege Kust, den Klassenbericht für das 2. Quartal. Wieder und Klasse sind in gewohnter tadelloser Ordnung vorgegeben worden. Ueber die rückständigen Verbandsbeiträge einiger Gewerksvereine fand eine kurze Aussprache statt, in deren Verlauf ein Antrag angenommen wurde, der eine Regelung herbeiführen soll.

Der Verbandsredakteur, Kollege Lewin, gab sodann einen Ueberblick über die Weltarbeiterbewegung und begründete die Haltung der Hauptverbände der beteiligten Gewerksvereine, die aus den verschiedensten Gründen gar nicht anders handeln konnten als sie es getan haben. Weder jedoch seine Ausführungen mit dem Wünsche, daß solche Vorgänge, wie sie in dieser Bewegung zu verzeichnen waren, für die Zukunft vermieden werden mögen, damit die Entwicklung einer gesunden Arbeiterbewegung nicht aufs schwerste gefährdet wird. Von einer Diskussion über das Referat wurde abgesehen.

Ueber die Volksversicherung sprach der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt, der mitteilte, daß nunmehr sämtliche Drucksachen eingegangen seien und zur Verteilung gelangen würden. Eine gewisse Verzögerung der Angelegenheit sei darauf zurückzuführen, daß die eigenen Klassen-einrichtungen wegen der ausstehenden Genehmigung durch das kaiserliche Aufseheramt zum Teil noch nicht im Gange seien. Trotzdem müsse jetzt, schon mit Rücksicht auf die Konkurrenz der anderen Organisationen, energisch vorgegangen werden. Zur Förderung der Sache sollen im Herbst noch aufklärende Versammlungen abgehalten werden. Dem in der Diskussion von mehreren Seiten geäußerten Wünsche nach Einbeziehung in der Propaganda soll Rechnung getragen werden. Allgemein verurteilt wurde der Plan des „Mittelde. Kurier“, Stimmung für die öffentlich-rechtliche Volksversicherung machen zu wollen.

Es folgten dann die Berichte des Kollegen Neustedt über den Delegiertentag des Gewerksvereins der Töpfer und des Kollegen Goldschmidt über den Württembergischen Eigenbahntag. Die Redner beichteten sich darauf, ihre im „Gewerksverein“ veröffentlichten Berichte kurz zu ergänzen. Weiter machte Kollege Goldschmidt die Mitteilungen über Besprechungen in Mannheim sowie über Verhandlungen mit dem Gewerksverein der Zigarren- und Tabakarbeiter und

dem Antitrustverband im Tabakgewerbe zu Dresden. Die Gewerksvereine müssen die gegen den aus amerikanischem und englischem Kapital gebildeten Trust gerichteten Bestrebungen unterstützen.

Zur Kenntnis genommen wurden ferner Berichte der Kollegen Goldschmidt über eine Agitationsversammlung in Görlitz, des Kollegen Neustedt über Veranstaltungen und Versammlungen in Hannover, Hannover und Spandau und des Kollegen Klein über eine Versammlung in Reife und eine Bezirkskonferenz in Glad. Endlich gab Kollege Neustedt einen Ueberblick über die vom geschäftsführenden Ausschuss geleiteten Vorarbeiten für die sozialen Wahlen, die einen Erfolg aber nur dann versprechen, wenn alle Ortsverbände und Ortsvereine ebenfalls ihre volle Schuldigkeit tun.

Wiederum müssen wir Kunde geben von einem schweren Verluste, der die Gewerksvereinsfrage getroffen hat. Am Sonntag ist in Witterfeld der Kollege

Karl Lange,

Generalsekretär des Gewerksvereins der Deutschen Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe, nach langem Leiden im 55. Lebensjahre verstorben. Ein mehrwöchiger Aufenthalt in einem Sanatorium vermochte dem Kranken keine Rettung mehr zu bringen. An den Arbeiten der im vorigen Monat abgehaltenen Generalversammlung seines Gewerksvereins hat Lange bis zu Ende teilgenommen. Inzwischen man merkte es ihm an, daß seine Kraft gebrochen war. Bis zum Tode also hat er trenn unserer gemeinschaftlichen Sache gekämpft, wie denn seine ganze Tätigkeit für seinen Gewerksverein und auch für die Verbändeinsamkeit getragen war von Pflichtgefühl und Ueberzeugungstreue. Das Vertrauen, das er sich bei seinen Berufskollegen erworben hatte, kommt an deutlichsten zum Ausdruck in der Stellung, die er bis zum Tode bekleidete. Und dieses Vertrauen hat der Verstorbenen auch verdient. Denn er war ein gerader, biederer Charakter und außerdem ein Mann, der wegen seines entgegenkommenden Wesens sicherlich keinen Feind hatte. Mit seinem Gewerksverein betrauert auch die Verbändeinsamkeit das Scheitern eines wackeren Kämpfers und aufrichtigen Freundes, dessen Andenken stets in Ehren gehalten werden wird.

Verhandlungen über ein deutsch-österreichisches Abkommen bezüglich der Arbeiterversicherung haben kürzlich im Reichsamt des Innern zu Berlin stattgefunden. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung kann der Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesrats, soweit andere Staaten eine der Reichsversicherung entsprechende Arbeiterfürsorge durchgeföhrt haben, unter Wahrung der Gegenseitigkeit vereinbaren, in welchem Umfange für Betriebe, die aus dem Gebiete des einen Staates in das des anderen übergreifen (Grenzverkehr), sowie für Verdichterte, die zeitweise im Gebiete des anderen Staates beschäftigt werden, die Fürsorge nach der Reichsversicherungsordnung oder nach den Fürsorgevorschriften des anderen Staates geregelt werden sollen. In derselben Weise kann bei entsprechender Gegenleistung die Versicherung von Angehörigen eines ausländischen Staates abweichend von den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung geregelt und die Durchföhruug der Fürsorge des einen Staates in dem Gebiete des anderen erleichtert werden. Schon bisher sind auf diesem Gebiete Oesterreich eine Reihe von Zugeständnissen gemacht. Die österreichische Regierung wünscht jedoch ein Abkommen zu treffen, welches die Gegenseitigkeit auf weitere Zweige der Arbeiterversicherung ausdehnt, ähnlich wie es im vorigen Jahre zwischen dem Deutschen Reich und Italien zustande gekommen ist. Auf Grund der in mehrfachen Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Staaten erzielten Verständigungen dürfte es nicht zweifelhaft sein, daß das Abkommen im Laufe des nächsten Winters verfertigt wird. Dem Reichslage muß nach der Reichsversicherungsordnung von der Vereinbarung Mitteilung gemacht werden.

Die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen sollte durch Bundesratsverordnung geregelt werden, wenigstens soweit die Höhe der Entschädigung in Betracht kommt. Jetzt ist diese

Verordnung im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Schöffen und Geschworene erhalten für jeden Tag der Dienstleistung ein Tagegeld von fünf Mark. Als Tag der Dienstleistung gilt jeder Tag, an dem der Schöffe oder Geschworene mit Rücksicht auf sein Amt am Sitzungsort sein muß. Schöffen und Geschworene erhalten außerdem für jedes durch die Dienstleistung notwendig gewordene Nachtquartier eine Zulage von drei Mark.

§ 2. Schöffen und Geschworene, die außerhalb ihres Wohnorts einen Weg von mehr als zwei Kilometer zurückzulegen haben, erhalten als Reiseentschädigung für jedes angefangene Kilometer des Hinwegs und des Rückwegs: 1. bei Wegen, die auf Eisenbahnen, Kleinbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden können, sechs Pfennig, 2. bei Wegen, die nicht in dieser Art zurückgelegt werden können, zwanzig Pfennig. Soweit ausnahmsweise aus besonderen Gründen die Benutzung von Beförderungsmitteln, die höhere Auslagen erfordern, notwendig ist, sind die erforderlichen höheren Auslagen zu ersetzen.

§ 3. Die Reiseentschädigung wird auch für die Reisen gewährt, die der Schöffe oder Geschworene während der Tagung nach seinem Wohnort und zurück macht. Sie darf jedoch die Höhe der Bezüge nicht übersteigen, die der Schöffe oder Geschworene erhalten haben würde, wenn er am Sitzungsorte hätte anwesend sein müssen.

Die Deutschen Gewerksvereine haben für diese Angelegenheit stets lebhaftes Interesse an den Tag gelegt, weil sie auch für die minderbemittelten Volksgenossen die Möglichkeit wünschten, an der Rechtsprechung mitzuwirken. Unser Wunsch ist also erfüllt. Nun kommt es darauf an, daß auch die Gerichte Arbeiter als Schöffen und Geschworene heranziehen. Wo dies nicht geschieht, müssen die Ortsverbände entsprechende Eingaben machen.

Arbeiterbewegung. Die Ausperrung auf den „Arbeiterwerken“ in Brandenburg a. S. nimmt ihren Fortgang. — Zeit etwa 5 Wochen standen in Königsberg a. Pr. die Stellmacher im Streik. Der Kampf ist jetzt beendet. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 60 auf 59 Stunden verkürzt, eine Erhöhung der Löhne durchgeföhrt und eine Regelung der Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit vorgenommen. — In Mainz sind die in der Volkshutunastrie beschäftigten Arbeiter in eine Bewegung eingetreten, um in dem neuen Tarif eine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Während die Arbeiter eine Stundenlohnerhöhung von 3 Pfa. fordern, wollen die Unternehmer nur die Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden bewilligen, was einen Lohnzuschlag von 1 Pfa. bedeuten würde. Weitere Zugeständnisse behaupten sie wegen der schlechten Konjunktur nicht machen zu können. Sie drohen, wenn die Arbeiter auf ihren Forderungen nicht eingehen, am 23. August eine allgemeine Ausperrung vorzunehmen. — Um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, sind auf der Fabrik Gustavshurg des Bedenheimer Kupferwerks etwa 150 Arbeiter in den Ausland getreten. — Wegen Tarifbruchs durch die Unternehmer haben in Chemnitz die Töpfer die Arbeit niedergelegt.

Der Streik der Textilarbeiter in Catalonia dauert fort und ist auch auf andere Industriezweige ausgedehnt worden. Trotzdem macht sich in den Kreisen der Arbeiter der Wunsch bemerkbar, die Bewegung zu beenden. — Der Generalstreik in Mailand nimmt seinen Fortgang: die Zahl der Ausständigen wächst noch immer. Die Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei und Militär mehren sich. Dabei sind viele Verwundungen vorgekommen. Die Leitung der Arbeiterorganisationen mißbilligt den Streik, der auf sozialistische Agitation zurückzuführen ist.

Mit dem „höchst unangünstigen Rechtszustand“ des Tarifvertrags beschäftigt sich neuerdings mit auffälliger Eifer namentlich der Teil der Presse, der in guten Beziehungen zur Großindustrie steht. Da wird eine Notiz abgedruckt, nach der die Auffassung des Reichsgerichts über die Rechtslage wie folgt sei:

„Man kann aus der rechtlichen Natur des Tarifvertrags nicht die Folgerung ableiten, daß der diesen Vertrag abschließende Verband durch die Tatsache des Abschlusses allein eine Garantie dafür übernimmt, daß seine Mitglieder die Dienstverträge, die sie auf Grund des Tarifvertrags eingehen, auch wirklich einhalten. Grundsätzlich übernehmen bei den Tarifverträgen die vertragschließenden Berufsvereine oder sonstigen Verbände nicht einmal eine Garantie dafür, daß ihre Angehörigen tarifmäßige Dienstverträge schließen und noch weniger dafür, daß sie sie inne-

